



Finanzmarktkolumne

Basel, 14. November 2017

Zu viele unbeantwortete Fragen in der EU

Von Karsten Junius, Chefökonom, Bank J. Safra Sarasin AG

Wofür braucht man eigentlich noch Nationalstaaten in der EU und wofür die EU? Das Schengen-Abkommen, die Europäische Währungsunion oder der Europäische Wirtschaftsraum zeigen, dass europäische Integration und themenspezifische Freiheiten auch ohne EU-Mantel möglich sind. Es sollte daher nicht überraschen, wenn die Bürger den Wert nationaler und supranationaler Einheiten immer weniger verstehen wie die katalonische Sezessionsbewegung und der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs signalisieren. Einheits- und Integrationsbefürworter müssen deshalb die bestehenden Vorteile besser herausstellen, anstatt Abschreckungsszenarien zu konstruieren.

Die Gegner einer katalonischen Abspaltung scheinen aus dem EU-Referendum im Vereinigten Königreich wenig gelernt zu haben. Angstmachen hilft nicht. Aber genau das scheint die Strategie in Madrid und Brüssel zu sein. Brexit würde zu einer schnellen Rezession führen, die Investitionen würden zurückgehen, die Arbeitslosigkeit ansteigen. Ähnliche Argumente werden nun bei Katalonien angeführt. Der wirtschaftliche Schaden wäre immens. Denn bei einer Abspaltung von Spanien könne Katalonien nicht in der EU bleiben und den Euro behalten. Ja, warum denn eigentlich nicht? Sowohl in der EU als auch im gemeinsamen Währungsgebiet gibt es kleinere Mitgliedsländer wie beispielsweise Malta und Zypern. Auch wurden in der Vergangenheit Länder aufgenommen, die sich noch nicht vor allzu langer Zeit von grösseren Nationalstaaten abgespalten haben wie die Slowakei und Slowenien. Warum sollte dies nicht auch im Falle Kataloniens möglich sein? Und vor allem, warum sollte es unwahrscheinlich sein, dass nach einer Abspaltung Kataloniens, Spanien oder die EU nicht weiter ein Interesse an einer engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtung haben? Die Argumentation der Einheitsbefürworter scheint zeitinkonsistent zu sein.

Dies heisst nicht, dass die wirtschaftliche Argumentation der Brexit-Befürworter richtig war. Im Gegenteil. Der finanzielle Verteilungsspielraum wird in UK nach einem EU-Austritt sinken, in Katalonien vielleicht auch. Es wäre auch nicht richtig, sich aus rein wirtschaftlichen Gründen aus einer nationalen Solidargemeinschaft herauszuschälen und gleichzeitig auf eine explizit und implizit immer stärker werdende europäische Solidarität zu bauen. Solidarität muss immer zunächst auf der niedrigsten Ebene stattfinden, um breite Akzeptanz zu finden. Strukturelle wirtschaftliche Veränderungen haben auch in der Vergangenheit häufig dazu geführt, dass sich die relative Stärke verändert und Nettozahler zu Empfängerregionen wurden – Solidarität sich also ausgleicht. Es ist ebenfalls nicht richtig, dass regionale Parlamente uneingeschränkt und an der nationalen Verfassung vorbei, ihre Unabhängigkeit ausrufen können – selbst wenn die Geschichte reich an Beispielen dafür ist. Eine unendliche Fortschreibung des territorialen Status-Quo ist aber auch unrealistisch. Daher sollten nationale Verfassungen auch die sich wandelnden Präferenzen und Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger reflektieren – der Mehrheit sowie der Minderheiten. Im Zweifelsfall bedeutet dies, dass die Möglichkeit einer geordneten Trennung nicht ausgeschlossen



werden kann, weder auf nationaler Ebene noch der der Währungsunion oder der EU. Dies wäre auch nicht glaubhaft.

Die Argumentation der Einheitsbefürworter sollte daher (1) die Vorteile einer gemeinsamen Einheit herausstellen und (2) die Bedenken der Gegner ernst nehmen. Beides ist im Vorfeld des Brexit-Referendums nicht geschehen und auch in Spanien derzeit nicht sichtbar. Die Vorteile regionaler Einheiten sind im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich sehr schwer zu vermitteln – da dies nationale Grenzen aufzulösen scheint. Das Bedürfnis nach einer regionalen Identität sollte daher nicht überraschen; die Angst vor Überfremdung auch nicht.

Die europäische Integration bietet dabei ein Sicherheitsnetz, das die Vorteile regionaler Zusammenschlüsse auf einer niedrigeren Ebene schwimmen lässt. Darunter leidet auch die Europäische Union selbst, die nur eine spezielle regionale Einheit darstellt, auf der europäische Integration stattfindet. Andere Einheiten sind der Schengen-Raum, die Europäische Währungsunion, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.... Vieles erscheint auch ohne EU möglich – «Pick-And-Choose». Die Vielfalt könnte eine Stärke Europas sein. Im Fall von UK hat sie nicht funktioniert, da es für die britischen Präferenzen kein Modell gab – wirtschaftliche Integration ohne Personenfreizügigkeit ist nicht vorgesehen. Warum eigentlich nicht? Auch dazu gibt es zu wenige überzeugende Erklärungen. Meist wird Personenfreizügigkeit als Konzession dargestellt, die zu akzeptieren ist, wenn man die übrigen Freiheiten in Europa wie den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr geniessen möchte. Überzeugend ist das für viele Wählerinnen und Wähler nicht. Eine Regelung, die von allen lediglich als Konzession betrachtet wird, scheint keine Vorteile zu haben. Jedenfalls konnten die EU wie auch die EU-Befürworter in UK weder vermitteln, dass Personenfreizügigkeit eine ökonomisch notwendige Bedingung für die übrigen wirtschaftlichen Freiheiten ist, noch dass sie breiten Bevölkerungsgruppen wichtige Vorteile verschafft. Beides wäre möglich gewesen.

Dabei hilft nicht, dass Abspaltungsbefürworter häufig noch weniger Antworten auf viele ganz reale Fragestellungen haben – wie das Brexit-Lager derzeit demonstriert. Erst recht würde es nicht helfen auf eine abschreckende Wirkung von Brexit oder anderen Sezessionen zu setzen. UK oder Katalonien würden keine Einzelfälle bleiben. Stattdessen müssen Nationalstaaten und die EU sich an ein verändertes Umfeld anpassen. An ein Umfeld, in dem die Globalisierung von einigen Bevölkerungsgruppen als Identitätsverlust empfunden wird und in dem die Vorteile der Zugehörigkeit zu einer nationalen oder supranationalen Einheit weniger offensichtlich erscheinen als sie es beispielsweise für die Nachkriegsgeneration sind. Zu leicht ist es sonst für Populisten, den empfundenen Souveränitätsverlust auszunutzen und ihn nicht im Zusammenhang mit den Vorteilen einer nationalen oder europäischen Einigung und Einheit zu sehen. Selbstverständlich sind diese nämlich nicht.



Weitere Auskünfte

Karsten Junius | Chefökonom

T: +41 (0)58 317 32 79 | E-Mail: karsten.junius@safrasarasin.com

Media Relations

T: +41 (0)58 317 40 88 | E-Mail: media@safrasarasin.com

J. Safra Sarasin Gruppe – Nachhaltiges Schweizer Private Banking seit 1841

Die internationale, der Nachhaltigkeit verpflichtete Bankengruppe ist an mehr als 25 Standorten in Europa, Asien, dem Mittleren Osten und Lateinamerika vertreten. Die J. Safra Sarasin Gruppe steht weltweit für ihre Private-Banking- und Wealth-Management-Tradition, hohe Sicherheit und für ihr gut geführtes konservatives Wachstum im besten Sinne ihrer Kunden. Per Ende Juni 2017 betreute die Gruppe ein Kundenvermögen von rund CHF 156 Mia., beschäftigte rund 2 200 Mitarbeitende und verfügte über ein Eigenkapital von CHF 4,5 Mia.

J. Safra Gruppe

Die J. Safra Gruppe (die «Gruppe») mit einem verwalteten Kundenvermögen von insgesamt mehr USD 208 Mia. und aggregierten Eigenmitteln von USD 17,4 Mia. wird von der Familie von Joseph Safra geführt. Die Gruppe besteht aus Privatbanken unter dem Namen Safra sowie Investmentbeteiligungen und Asset-basierenden Geschäftsbereichen wie Immobilien- und Agrarwirtschaft. Zu den Banken der Gruppe, die weltweit an über 165 Standorten vertreten sind, gehören: J. Safra Sarasin mit Sitz in Basel, Schweiz, Banco Safra mit Sitz in Sao Paulo, Brasilien, und die Safra National Bank of New York mit Sitz in New York City; alle sind bei einer konsolidierten Aufsicht unabhängig voneinander. Der Immobilienbestand umfasst weltweit mehr als 200 hochwertige Gewerbeimmobilien, Wohnobjekte, Einzelhandelsimmobilien und Landwirtschaftsflächen, so beispielsweise den Bürokomplex in New York City an der 660 Madison Avenue und Londons berühmtes Bauwerk «Gherkin». Zu Investitionen in anderen Bereichen gehören unter anderen Agrarbeteiligungen in Brasilien und an Chiquita Brands International, Inc. Enge Beziehungen in Märkten weltweit ermöglichen es der Gruppe, den Wert ihrer Unternehmen erheblich zu steigern. Die J. Safra Gruppe beschäftigt mehr als 29 000 Mitarbeitende.

Rechtlicher Hinweis

Diese Medienmitteilung der Bank J. Safra Sarasin AG (Schweiz) (nachfolgend «Bank») dient ausschliesslich zu Informationszwecken. Das Dokument enthält ausgewählte Informationen, und es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Es basiert auf öffentlich zugänglichen Informationen und Daten («Informationen»), die als richtig, zuverlässig und vollständig erachtet werden. Die Bank hat die Richtigkeit und Vollständigkeit der dargestellten Informationen nicht überprüft und kann diese nicht garantieren. Mögliche Fehler oder die Unvollständigkeit der Informationen bilden keine Grundlage für eine vertragliche oder stillschweigende Haftung seitens der Bank für direkte, indirekte oder Folgeschäden. Insbesondere sind weder die Bank noch deren Aktionäre oder Mitarbeiter haftbar für die hier dargelegten Meinungen, Pläne und Strategien. Die in diesem Dokument geäusserten Meinungen und genannten Zahlen, Daten sowie Prognosen können sich jederzeit ändern. Eine positive historische Wertentwicklung oder Simulation stellt keine Garantie für eine positive Entwicklung in der Zukunft dar. Es können sich Abweichungen zu eigenen Finanzanalysen oder anderen Publikationen der J. Safra Sarasin Gruppe ergeben, die sich auf dieselben Finanzinstrumente oder Emittenten beziehen. Es kann nicht ausgeschlossen werden,



dass ein analysiertes Unternehmen mit Gesellschaften der J. Safra Sarasin Gruppe in Geschäftsverbindung steht, wodurch sich ein potenzieller Interessenkonflikt ergeben könnte.

Dieses Dokument stellt keinerlei Anlageberatung, kein Angebot, keine Offerte oder Aufforderung zur Offertstellung zum Kauf oder Verkauf von Anlage- oder anderen spezifischen Finanzinstrumenten bzw. von sonstigen Produkten oder Dienstleistungen dar und ersetzt nicht die individuelle Beratung und Risikoaufklärung durch einen qualifizierten Finanz-, Rechts- oder Steuerberater.

Bitte beachten Sie, dass die vorliegende Medienmitteilung lediglich eine Synopsis eines Researchberichts der Bank darstellt, jedoch keine komplette Zusammenfassung desselben und der darin enthaltenen Empfehlungen. Der erwähnte Researchbericht sollte vollständig gelesen werden, bevor allfällige Entscheidungen betreffend darin enthaltene Anlageempfehlungen getroffen werden.

Dieses Dokument richtet sich an Medien und Medienschaffende in denjenigen Ländern, in welchen die J. Safra Sarasin Gruppe geschäftlich präsent ist. Die Bank lehnt jede Haftung für Verluste, die sich aus der Weiterverwendung der vorliegenden Informationen (oder Teilen davon) ergeben, ab.

© Copyright Bank J. Safra Sarasin AG. Alle Rechte vorbehalten.